
amnesty international

TOGO
WIRD SICH DIE GESCHICHTE
WIEDERHOLEN ?

Inoffizielle Übersetzung, herausgegeben von der Togo-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das französische Original

20. Juli 2005
Index AI: AFR 57/012/2005

INTERNATIONAL SECRETARIAT, 1 EASTON STREET, LONDON WC1X 0DW, UNITED KINGDOM

TOGO: WIRD SICH DIE GESCHICHTE WIEDERHOLEN?

“ Es ist unmenschlich und grausam, das Ausmaß der Sache übersteigt das Verständnis, Kinder und Erwachsene weinen, wenn die Situationen, die sie während der Repression durchlebt haben, erwähnt werden, es gibt viele Fälle von traumatischen Neurosen. “¹

EINFÜHRUNG

Nach dem Tod von Präsident Gnassingbé Eyadéma, der das Land 37 Jahre lang geleitet hatte und im Februar 2005 starb, wurde sein Sohn Faure Gnassingbé nach einer von Unregelmäßigkeiten und schweren Gewalttaten geprägten Abstimmung gewählt. Tatsächlich haben in den Tagen nach der Präsidentschaftswahl vom 24. April 2005 die togoischen Sicherheitskräfte, unterstützt von Milizen, die der Regierungspartei (le Rassemblement du Peuple Togolais, RPT) nahestehen, gewaltsam angebliche Oppositionelle oder einfache Bürger angegriffen, indem sie systematisch Gewalt anwandten. Seit den Präsidentschaftswahlen von 1998 ist die Repression niemals wieder so brutal gewesen. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Entschlossenheit einer Familie, die seit beinahe vier Jahrzehnten den Staat beherrscht, sich um jeden Preis an der Macht zu halten.

Die togoischen Sicherheitskräfte, die meist von durch Militärs trainierten Milizen unterstützt wurden, haben sehr schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, vor allem extralegale Hinrichtungen, Entführungen, Folter und Misshandlungen, Vergewaltigungen, versuchte Vergewaltigungen und willkürliche Festnahmen. Alle von amnesty international gesammelten Informationen zeigen, dass die von den Milizen unterstützten Sicherheitskräfte in völlig unverhältnismäßiger Weise auf den öffentlichen Protest gegen die Wahlergebnisse reagierten. Die Bevölkerung, darunter auch die Anhänger der Opposition, haben nämlich meist auf friedliche Art demonstriert, sie waren auch nicht bewaffnet, wenn man von einigen Zusammenstößen in der Stadt Aného in der Küstenregion nicht weit von der Grenze zu Benin und in einigen Vierteln der Hauptstadt Lomé absieht.

Dieses Dokument konzentriert sich auf die Angriffe auf die grundlegenden Menschenrechte, die in den Tagen vor und nach der Präsidentschaftswahl vom April 2005 begangen wurden. Diese Ausschreitungen haben mehr als 30 000 Togoer in die Flucht nach Benin und Ghana, die beiden benachbarten Länder, getrieben. Der Text stützt sich vor allem auf die Informationen, die von einer Untersuchungsmission von amnesty international während ihres Aufenthalts im Mai und Juni 2005 in den Flüchtlingslagern des Nachbarlandes Benin gesammelt wurden. Die Vertreter von amnesty international konnten vor allem Zeugenaussagen von togoischen Opfern, die gerade erst in Benin angekommen waren und die entweder verletzt worden waren oder in verschiedenen Gegenden des Landes Angehörige verloren hatten, sammeln. Die Abordnung ist auch mit beninischen Ärzten, die die Opfer dieser Übergriffe behandelten, zusammengetroffen. Dieses Dokument schließt mit einigen Empfehlungen, die sich an die togoischen Behörden und an die internationale Gemeinschaft, vor allem die Afrikanische Union (AU) und an Länder, die Togo militärisch unterstützen, darunter Frankreich, richten.

amnesty international war nicht in der Lage, eine umfassende Bilanz der Toten und Verletzten der Repression nach der Präsidentschaftswahl vom April 2005 aufzustellen. Dennoch konnte amnesty international im Laufe der Untersuchung eine Liste mit 150 Namen aufstellen, die die Organisation jeder internationalen, unabhängigen und unparteiischen Untersuchungskommission zur Verfügung stellt, soweit dabei die Sicherheit der Zeugen und der Familien der Opfer garantiert werden kann.

¹ Zeugenaussage eines Psychologen, der mit der Betreuung von togoischen Flüchtlingen in Benin betraut war

Allerdings geht die Organisation davon aus, dass die Gesamtzahl der Opfer weitaus höher liegt, denn zahlreiche Zeugenaussagen bezogen sich auf nicht identifizierte Körper in der Leichenhalle und auf Tote, die ohne vorherige Registrierung seitens der Krankenhäuser oder der Leichenhalle beerdigt worden waren.

In Anbetracht der Bedeutung der gesammelten Informationen und der Tausenden von Personen, die in den Nachbarländern Ghana und Benin ohne Hoffnung auf rasche Heimkehr Zuflucht gefunden haben, ruft amnesty international die Internationale Gemeinschaft dazu auf, die Initiativen des Hohen Kommissariats der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die bereits im Juni 2005 eine „Mission zur Feststellung der Tatsachen“ geschickt hat, zu unterstützen. Die Organisation hält es für sehr wichtig, dass die Schlussfolgerungen dieser Mission veröffentlicht und ihre Empfehlungen in die Tat umgesetzt werden. Dieser Mission sollte die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission folgen, die über geeignete Mittel verfügt, um eine gründliche Untersuchung im ganzen Land durchzuführen. Ebenso verlangt amnesty international von den Ländern, die Togo militärisch unterstützen, namentlich von Frankreich, sicherzustellen, dass die Hilfen aus den Bereichen Militär, Sicherheit und Polizei nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden und dass jede Hilfe in diesem Bereich von einem Programm zur Ausbildung in den Menschenrechten begleitet wird.

Seit mehr als drei Jahrzehnten leidet die togoische Bevölkerung darunter, dass es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt. Sehr schwere Angriffe auf die Grundrechte wurden von Sicherheitskräften, die nur zur Aufrechterhaltung der herrschenden Regierung dienten, in völliger Straflosigkeit begangen. Die von der Internationalen Gemeinschaft gebilligte blutige Machtübernahme durch den Sohn von General Eyadéma stürzt die togoische Bevölkerung in totale Verzweiflung, unabhängig davon, ob sie in Togo selbst lebt oder in die Nachbarländer geflüchtet ist. Sie ist auch ein Vorzeichen einer ziemlich düsteren Zukunft.

HINTERGRUND

Schon bei der Bekanntgabe des Ablebens von Präsident Gnassingbé Eyadéma (seit 1967 an der Macht) am 5. Februar 2005 riefen die togoischen Streitkräfte (Forces armées togolaises, FAT) Faure Gnassingbé, den Sohn des verstorbenen Staatsoberhauptes, zum Präsidenten der togoischen Republik aus. Am Tag darauf wurde der Präsident der Nationalversammlung, Fambaré Natchaba Ouattara, der verfassungsgemäß vor der Abhaltung von Präsidentschaftswahlen innerhalb von zwei Monaten den Übergang sicherstellen musste, abgesetzt und durch Faure Gnassingbé ersetzt. Gleichzeitig wurde die Verfassung so geändert, dass der neue Staatsoberhaupt bis zum Mandatsende seines Vaters 2008 an der Macht bleiben konnte.

Diese verfassungswidrige Machtübergabe, die von der AU als „Militärputsch“ bezeichnet wurde, wurde von den wichtigsten, in einer Koalition zusammengeschlossenen Oppositionsparteien und von der Internationalen Gemeinschaft heftig verurteilt. Mehrere zwischenstaatliche Organisationen, vor allem die AU und die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, erhoben Sanktionen gegen Togo. Die Internationale Organisation der Frankophonie (OIF) erklärte ihrerseits die Aussetzung der Teilnahme togoischer Vertreter in den Instanzen der Organisation. Andere internationale Organisationen, besonders die Europäische Union und europäische Staaten wie Deutschland und Frankreich, verurteilten ebenfalls diese Machtübernahme und forderten die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung. Die Vereinigten Staaten verlangten ihrerseits offiziell die Abdankung des von der Armee eingesetzten Präsidenten.

Diese einstimmige Missbilligung führte schließlich am 25. Februar 2005 zur Abdankung von Faure Gnassingbé und zur Wahl von Abass Bonfoh, dem ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung, zum Interims-Präsidenten. Infolge dieser Entscheidung kündigte die ECOWAS die Aufhebung ihrer Sanktionen an.

Kurz danach erklärte sich Faure Gnassingbé zum Kandidaten der Regierungspartei RPT bei den für den 24. April 2005 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Obwohl die Verfassungsänderungen, die Gilchrist Olympio, den Vorsitzenden der „Union des Forces de Changement“ (UFC) an der Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen hinderten, aufrechterhalten wurden,² stimmten die wichtigsten Oppositionsparteien, darunter auch die UFC, das „Comité d’action pour le renouveau“ (CAR) und die „Convention démocratique des peuples africains“ (CDPA) schließlich am 2. März 2005 der Teilnahme an dieser Wahl zu. Das sechs Oppositionsparteien umfassende Kollektiv präsentierte einen gemeinsamen Kandidaten, Emmanuel Bob Akitani, einen der Führer der UFC.

Die Zeitspanne vor der Wahl war gezeichnet von schweren Angriffen auf die Meinungsfreiheit und von Einschüchterungsversuchen gegenüber Oppositionsmitgliedern. amnesty international sprach sich mehrfach öffentlich gegen diese Belästigungen und Einschüchterungen aus, die darauf abzielten, die unabhängige Presse mundtot zu machen und ein Klima des Schreckens zu verbreiten, das die Abhaltung einer freien und unparteiischen Wahl unmöglich machte.³ Am 22. April, zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen, forderte der togoische Innenminister François Eso Boko selbst öffentlich vom Interimspräsidenten Abass Bonfoh die Aufschiebung der Wahl, da die zur Verfügung stehenden Fristen für einen Verlauf der Wahlen unter zufriedenstellenden Bedingungen zu knapp seien.

Trotz dieser Forderung nach Verschiebung der Wahlen und trotz der Kritik von Menschenrechtsorganisationen schickte die ECOWAS einige Tage vor der Wahl 150 Wahlbeobachter und billigte schließlich die Wahlergebnisse, die den Sieg mit mehr als 60% der Stimmen Faure Gnassingbé zuschrieben. Trotz erwiesener Betrügereien, die Bob Akitani veranlassten, sich am 27. April zum Sieger zu erklären, versicherte die ECOWAS in einem am gleichen Tag veröffentlichten Kommuniqué, dass *„(ihre) Beobachter glauben, dass die Anomalien und Unzulänglichkeiten ebenso wie die erwähnten Zwischenfälle keinen Anlass bieten, den positiven Verlauf und die Glaubwürdigkeit der Präsidentschaftswahl vom 24. April 2005 in Frage zu stellen (...) Insgesamt hat diese Wahl den für Wahlen allgemein gültigen Kriterien und Prinzipien genügt.“*

Schon bei Bekanntgabe des Todes von General Eyadéma erklärte Frankreich mehrmals, dass es sich der Position der ECOWAS anschließe, und am 26. April 2005 beurteilte der französische Außenminister Michel Barnier die Wahl *„trotz einiger Zwischenfälle“* als insgesamt zufriedenstellend. Die Europäische Union, die sich vor den Wahlen kaum geäußert hatte, verurteilte die Gewalttätigkeiten nach der Wahl. So erklärte am 28. April der Europäische Kommissar für humanitäre Hilfe und Entwicklung, Louis Michel, *„sehr beunruhigt über die Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen gegenüber Zivilisten im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl“* zu sein. Am Tag darauf verurteilte das Präsidium der Union *„mit Entschiedenheit die aktuelle Welle der Gewalt“* und richtete *„einen dringenden Appell an alle Beteiligten, die Ruhe wiederherzustellen.“* Es forderte die Sicherheitskräfte auf *„ihre Pflicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei strenger Einhaltung der Menschenrechte zu erfüllen, um jedweden Übergriff auf die Bevölkerung zu vermeiden.“* Dennoch erklärte Louis Michel am 6. Mai, dass er die offiziellen Resultate zur Kenntnis nehme, und stellte die Wahl nicht in Frage.

Dagegen verurteilte das Europäische Parlament in seiner Resolution vom 12. Mai 2005 *„entschieden das gewaltsame Vorgehen der Ordnungskräfte gegen diejenigen, die die Korrektheit der Wahl anzweifelten“*. Im übrigen war das Parlament der Auffassung, dass *„die Bedingungen der Wahl nicht den Prinzipien der Transparenz, der Pluralität und der freien Volksentscheidung genügten, so wie sie von den regionalen und internationalen Organen vorgesehen sind, und dass sie nicht zuließen, die Legitimität der aus der Wahl hervorgegangenen Autoritäten anzuerkennen.“*

² Artikel 62 der togoischen Verfassung verlangt, dass jeder Präsidentschaftskandidat mindestens die letzten 12 Monate einen Wohnsitz auf nationalem Territorium nachweist, was de facto die Kandidatur Gilchrist Olympios, der seit dem Mordversuch an ihm im Mai 1992 im Exil lebt, verhindert.

³ Siehe das am 20. April 2005 veröffentlichte Kommuniqué der „Koalition Togo“: *„Togo. Die freie Teilnahme am Wahlprozess wurde unmöglich gemacht“*, Index AI: AFR 57/010/2005. Die Koalition Togo umfasst die folgenden Organisationen: amnesty international, ACAT-France, Agir ensemble pour les droits de l’Homme, Franciscans International, La Fédération internationale des ligues des droits de l’Homme (FIDH), FIACAT, Organisation Mondiale Contre la Torture (OMCT), Secours Catholique-Caritas France, Survie.

Die AU und die ECOWAS verstärkten daraufhin ihre Vermittlungsbemühungen, um die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zu fördern. Am 27. Mai 2005 entschied der Rat der AU für Frieden und Sicherheit, die gegen Togo verhängten Sanktionen aufzuheben und die Ernennung eines Sondergesandten zu unterstützen, „um zur Erleichterung des Dialogs zwischen den togoischen Beteiligten beizutragen“, sowie die Entsendung einer Beobachtungsmission zu unterstützen, „um die Entwicklung der Lage in politischer, sicherheitsmäßiger, sozialer und humanitärer Hinsicht in Togo ebenso zu verfolgen wie die der Menschenrechte“. Der neue Präsident der Republik ging auf die Vorschläge der Koalition der Oppositionsparteien nicht ein und ernannte schließlich am 8. Juni 2005 Edem Kodjo zum Premierminister. Der Vorsitzende der „Convergence patriotique panafricaine“ (CPP) hatte diesen Posten bereits zwischen 1994 und 1996 unter der Präsidentschaft von Gnassingbé Eyadéma inne. Am 21. Juni 2005 verkündete Edem Kodjo die Zusammensetzung seiner neuen Regierung, zu der namentlich Kpatcha Gnassingbé, ein Bruder des neuen Staatschefs, auf dem Posten des Ministers für Verteidigung und für die Veteranen gehört. Mit Ausnahme des Repräsentanten des „Pacte socialiste pour le renouveau“ (PSR) ist in der neuen Regierung kein einziges Mitglied der Koalition von Parteien, die die Kandidatur von Bob Akitani unterstützt hatten, vertreten.

ANGRIFFE AUF DIE MENSCHENRECHTE DURCH SICHERHEITSKRÄFTE UND MILIZEN

Sehr viele von amnesty international gesammelte Zeugenaussagen zeigen, dass die Ordnungskräfte und die Milizen auf unbewaffnete Demonstranten geschossen und angebliche Anhänger der Opposition oder einfache Bürger in ihrem Zuhause oder in den Wahlbüros angegriffen haben. Die Tatsache, dass sehr viele Verletzte in den oberen Körperregionen sowie am Kopf getroffen worden sind, zeigt deutlich den Willen zu töten oder sehr schwer zu verletzen. Darüber hinaus haben die togoischen Behörden alles getan, um die Spuren dieser Übergriffe zu verwischen, indem sie Journalisten und manchmal auch den Angehörigen den Zugang zu Krankenhäusern untersagten und die Register der Krankenhäuser und Leichenhallen verschwinden ließen.

“Sie sind in mein Haus gekommen und haben geschossen“

Am 26. April 2005, am Tag der Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse der Präsidentschaftswahl, befand sich ein im Loméer Viertel Ablogamé lebender Taxifahrer-Lehrling bei sich zu Hause, als, so erzählte er amnesty international, „Militärs und Milizen in unser Haus kamen. Sie schlugen und töteten Leute. Ich floh, sie verfolgten uns, ein Freund wurde von Schüssen getroffen. Meine Mama wurde auf ihrer Flucht getötet, ich hörte sie schreien, das passierte in Höhe der Raffinerie. Ich flüchtete nach Benin, ich habe niemanden mehr in Togo, mein Vater ist schon lange tot.“

Während der Untersuchungsmission in Benin hat amnesty international viele Zeugenaussagen gesammelt, die berichten, wie in den Tagen vor und nach der Präsidentschaftswahl die Sicherheitskräfte und die RPT-nahen Milizen gewaltsam in die Wahlbüros und die Häuser der vermutlichen Oppositionsanhänger eindringen und blindlings auf die Personen, die sich in diesen geschlossenen Räumen aufhielten, schossen.

Diese Angriffe gegen die Wohnungen vermutlicher Oppositioneller scheinen als Repressalien nach spontanen Demonstrationen von Oppositionellen, die gegen die Wahlbetrügereien protestierten, beschlossen worden zu sein. Diese Angriffe waren in Lomé und in zwei Städten besonders gewaltsam und mörderisch, nämlich in Atakpamé, einer der größten Städte des Landes, die in der Region der Ebenen liegt, und in Aného.

Die von den Milizen und den Anhängern des Kandidaten der Regierungspartei, Faure Gnassingbé, begangenen Ausschreitungen begannen am Wahlsonntag, dem 24. April 2005, sogar noch vor dem Beginn der Stimmenauszählung. Ein Handelsvertreter, der auf dem Großen Markt von Lomé arbeitete, erzählte, dass er sich in einem Wahlbüro der katholischen Grundschule von Ablogamé, einem Viertel im Osten der Hauptstadt, befand, als „am Ende des Nachmittags Militärs auf Fahrzeugen ankamen.

Sie gingen in die Schule, um die Wahlurnen an sich zu nehmen. Sie fingen an, Tränengasbomben zu werfen und mit scharfer Munition auf dem Schulgelände zu schießen.“ Die von diesem Zeugen, den die Delegation von amnesty international bei ihrer Untersuchungsmission in Benin traf, beschriebene Szene wiederholte sich in zahlreichen Vierteln von Lomé, was die Absicht der togoischen Regierung zeigt, alle Mittel zur Sicherung des Sieges des Kandidaten der Regierungspartei einzusetzen.

Am Tag der Wahl brachen Angehörige der Sicherheitskräfte in mehrere Wahlbüros ein und setzten dabei scharfe Waffen sowie Tränengasgranaten ein. Ein Stimmenauszähler der UFC, der im Wahlbüro von Bè Plage, einem Viertel von Lomé, eingesetzt war, berichtete amnesty international:

“Als die Auszählung begonnen hatte, kamen zwei Militärfahrzeuge der „Bérets Verts“ (Mitglieder des Kommandoregiments der Präsidentengarde) in die Schule. Sie schossen in die Luft. Viele Menschen wollten in Panik hinauslaufen, es gab aber nur einen einzigen Ausgang. Die Militärs kamen in den Saal. Sie schossen mit Tränengasgranaten und scharfer Munition und nahmen die Urnen an sich. Ich versuchte zu fliehen, indem ich über die Mauer kletterte. Mein Freund, SP, der mit mir zu fliehen versuchte, kam nicht über die Mauer, da er zu klein war. Ich habe ihn seitdem nicht wiedergesehen. Ich musste über ca. 30 Leichen hinwegsteigen, um über die Mauer zu klettern und zu fliehen.“

Zwei Tage später, als Faure Gnassingbé zum Sieger erklärt wurde, drangen Militärs in zahlreiche Wohnungen von angeblichen oder wirklichen Oppositionanhängern ein. Ein Student der Wirtschaftswissenschaften, der in Lomé-Tokoin wohnte und in Benin Zuflucht fand, berichtete amnesty international:

“Am 26. April war ich gerade zu Hause, als Militärs in unser Haus kamen, sie schlugen die Tür ein, zerbrachen die Scheiben und warfen Tränengasbomben. Ein alter Mann ging hinaus und wurde zusammengeschlagen. Ich bin geflohen. Als ich auf Milizen, die in einem Autobus saßen, stieß, schossen diese gerade auf meinen Freund, den Mechaniker Pierre Abalo. Er war auf der Stelle tot.“

Auch nahmen die Sicherheitskräfte einige lokale Oppositionsführer ins Visier, vor allem in Aného den Vorsitzenden des Ortsverbandes der UFC und den Inhaber einer Seifenfabrik, der für seine aktive Unterstützung des Kandidaten der Parteienkoalition der Opposition, Bob Akitani, bekannt war. amnesty international erhielt die Zeugenaussage von einem Togoer, der vor Ort war: *„Militärs, die in einem Lastwagen der Gendarmerie kamen, gingen zur Seifenfabrik. Es war ungefähr 9 Uhr. Sobald sie aus dem Fahrzeug kamen, schossen sie in die Luft. Sie schossen in das Haus, in dem sich die Frau des Eigentümers der Seifenfirma sowie seine Kinder und sein Bruder aufhielten. Sie gingen in das Büro der Seifenfirma, warfen das ganze Computerzubehör hinaus und zerstörten es. Am Schluss legten sie am Ort und in den Fahrzeugen des Unternehmens Feuer. Als sie fertig waren, gingen sie in andere Häuser des Viertels. Alle waren in ihren Häusern. Sie schlugen die Leute und verhafteten einige, die sie dann ins Zivilgefängnis von Aného brachten.“*

Die Sicherheitskräfte bemächtigten sich auch des traditionellen Chefs von Aného, König Togbé Ahuawoto Savado Zankli Lawson VIII, der am Nachmittag des 27. April bei sich zu Hause verhaftet wurde. Ein Zeuge, der während der Verhaftung zugegen war, berichtete amnesty international: *„Die Militärs kamen an, kletterten über die Mauern und betraten den Palast. Sie zerbrachen das Gitter am Eingang, drangen dann in die Privaträume des Königs und schossen in die Luft. Sie ergriffen einen Sohn des Königs, der sich gerade wusch, er hatte noch Seife an sich. Militärs drangen ins Haus und schlugen alle Türen ein, eine Gruppe brachte den König nach draußen zu einem Auto, sie stießen ihn in einen Rinnstein mit Wasser. Auch ein Journalist von Radio Lumière, der sich gerade beim König befand, wurde verhaftet.“* Die beiden Männer wurden zur Brigade der Gendarmerie gebracht, wo sie – so lauten die erhaltenen Informationen – von den Sicherheitskräften misshandelt und entkleidet wurden. Sie wurden drei Stunden lang in eine Zelle gesperrt, bevor sie nach der Intervention von Behörden aus Politik und Verwaltung freigelassen wurden.

„Die Milizen schossen in die Menge, die spontan auf die Straße gegangen war, um zu protestieren“

In den Tagen nach den Präsidentschaftswahlen vom 24. April 2005 haben die Sicherheitskräfte Demonstranten in Lomé und mehreren anderen Städten Togos mit scharfer Munition beschossen. Die Verkündigung der vorläufigen Wahlergebnisse am Dienstag, dem 26. April 2005, die den Sieg Faure

Gnassingbés mit mehr als 60 Prozent der Stimmen bekanntgab, rief bei den Anhängern der Opposition Wut hervor, da sie der Ansicht waren, man habe ihnen den Sieg "gestohlen". Viele gingen auf die Straße, errichteten Barrikaden, einige griffen zur Gewalt.

In Atakpamé sind Demonstranten ebenfalls direkt nach der Verkündung der Wahlergebnisse auf die Straße gegangen. Ein Zeuge erzählte amnesty international: „Wir gingen auf die Straße, um zu protestieren. Soldaten folgten uns bis ins Viertel Zongo, dann ins Viertel Agnagnan. Wir gingen am Großen Markt vorbei und kamen nach Djama. In Höhe der Post versperrten die Soldaten uns den Weg. Sie warfen Blendgranaten und schossen dann mit scharfer Munition. Kameraden fielen zu Boden. Später erfuhr ich, dass einige im Krankenhaus gestorben sind. Alle flohen dann und kehrten nach Hause zurück. Es war gegen 14 Uhr.“

Demonstranten, die vor den Schüssen geflohen sind, bestätigten, dass sie zahlreiche Tote und Verletzte zurückließen. Ein Zeuge, der an jenem Tag in Atakpamé protestierte, erzählte amnesty international:

„Am Tag der Verkündung der Ergebnisse gingen wir auf die Straße, um die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl anzuprangern. Die Soldaten schossen mit Blendgranaten und scharfer Munition, wir warfen Steine. Die Militärangehörigen drängten uns in den Fluss Kpakparakpati. Eine Kugel traf meinen Bruder in den Rücken. Ich wollte ihn retten, da er viel Blut verlor. Als ich wiederkam, war er schon tot. Er hieß Kogbe Koffi, 28 Jahre alt, Blechschmied. Er lebte in Lomé und war für die Wahlen nach Atakpamé gekommen. Zwei andere Personen, deren Namen ich nicht kenne, wurden ebenfalls in den Rücken getroffen. Ich ließ die Leiche meines Bruders zurück. Ich weiß nicht, ob er begraben wurde.“

In Atakpamé wurden die Militärangehörigen an jenem Tag auch von Milizen unterstützt. „Die Milizen kamen bewaffnet und in Begleitung der Sicherheitskräfte. Die Milizen schossen in die Menge, die spontan hinausgegangen war, um zu protestieren. Das war im Viertel Houdou in der Nähe des Viertels Doulamasse. Wir konnten nicht nach Hause zurück. Zwei Personen fielen vor meinen Augen.“

In einigen Fällen reagierten die Demonstranten der Opposition gewalttätig auf die Verkündung der Wahlergebnisse. So überfielen Demonstranten in Aného am Dienstag, dem 26. April 2005, ein Polizeikommissariat. Sie bemächtigten sich der dort befindlichen Waffen. Ein Einwohner von Aného, der in Benin Zuflucht gefunden hat, erzählte amnesty international, dass seit dem Tag vor den Präsidentschaftswahlen, also Samstag, dem 23. April, eine Gruppe Jugendlicher Barrikaden errichtet und Reifen angezündet hätte, um gegen die versuchte Festnahme eines jungen Oppositionsanhängers zu protestieren. Er fügte hinzu, am Dienstag, dem 26. April, „gingen die Menschen auf den Markt und warteten auf die Wahlergebnisse. In einem Zeitraum von 20 Minuten war die Stadt voller Jugendlicher, die überall Barrikaden errichteten. Eine Gruppe ging zum Kommissariat um zu gucken, was geschehen war. Das Kommissariat ist gegen 15 Uhr überfallen worden und die Menge hat sich Waffen genommen. Es gab Verletzte.“ Ein Demonstrant präzisierte gegenüber amnesty international, später am Nachmittag hätten sich „Jugendliche mit mit Nägeln beschlagenen Knüppeln, Macheten und Steinen zur ‚Mautstation‘ begeben, wo sich vier Polizisten befanden. Als diese uns kommen sahen, schossen sie auf uns. Einer Gruppe gelang es, sie zu überwältigen und ihnen die Waffen abzunehmen, die sie auf uns gerichtet hatten. Wir brachten sie in die Innenstadt. Es kam zu einem Feuergefecht zwischen der herbeigekommenen Verstärkung der Polizei und der Bevölkerung.“ Nach Erkenntnissen von amnesty international konnten die Polizisten entkommen.

Nach diesen Ereignissen riefen die Zuständigen schnell eine Verstärkung an Männern, die von Helikoptern begleitet wurden. Sehr früh am Morgen des Mittwoch, 28. April, hörte man Schüsse in der Stadt und Jugendliche errichteten erneut Barrikaden und zündeten Reifen an. Ein Zeuge berichtete: „Ich war hinausgegangen, um mich den Demonstranten anzuschließen, die im Viertel Nylessi Barrikaden aus Ziegelsteinen errichteten, andere zündeten Reifen an oder warfen mit Steinen. Die Militärs verfolgten uns, einige waren in Helikoptern und beschossen uns, sie warfen auch Blendgranaten. Ich wurde von einer Kugel getroffen. Ich fiel und wurde mit sieben anderen Personen ins Krankenhaus gebracht. Fünf von ihnen starben an ihren Verletzungen.“

Die Verfolgung in der Gegend um Aného war besonders gewaltsam, und viele Informationen, die amnesty international zusammengetragen hat, deuten darauf hin, dass die Sicherheitskräfte exzessiv Gewalt eingesetzt haben und zahlreiche Demonstranten töteten, die versuchten zu fliehen. Ein Schüler des Zevebi-Gymnasiums in Aného erzählte amnesty international: *„Am 27. April war ich mit mehr als 50 Personen in Vito Condji, wir versuchten zu fliehen. Wir gingen in die Lagune, um das andere Flussufer von Clidji zu erreichen. Die Militärs waren zu zehnt und fünf von ihnen schossen auf uns. Ich wurde verletzt, eine Kugel traf mich am Handgelenk. Ich ging nach Clidji, um mich verarzten zu lassen, danach ging ich nach Benin.“*

„Eine Kugel durchschlug meine Hüfte“

Während ihrer Untersuchungsmission in Benin konnte die Delegation von amnesty international mit einer großen Zahl von Personen sprechen, die durch die togoischen Sicherheitskräfte und Milizen im Zuge der Unterdrückungsmaßnahmen verwundet worden waren. Viele von ihnen wiesen Schusswunden auf, was den systematischen Einsatz von Kriegswaffen gegen Demonstranten belegt, die ihrerseits – außer im Fall der Stadt Aného – zum größten Teil unbewaffnet waren.

Die in vielen medizinischen Berichten beschriebenen Verletzungen lassen sich vor allem in die folgenden Typen einteilen:

- Schädeltraumata sowie Wunden an Schultern und Handgelenken
- Einschüsse in der Brust
- durch Schläge verursachte Verletzungen an den Schultern und im Gesicht
- Schusswunden an den Beinen
- Brüche des Schlüsselbeins infolge von Schlägen
- Quetschungen an den Füßen durch Schläge
- Teile von Granaten in den Beinen
- Brüche an Ellenbogen und Oberarmen
- Schussverletzungen an der Achillesferse
- durch Schüsse verursachte Verletzungen an der Brust und Schädeltraumata

Der Umstand, dass viele Verletzungen am Oberkörper zu finden sind, vor allem am Kopf, zeigt deutlich, dass die togoischen Sicherheitskräfte und Milizen den Tod der Opfer herbeiführen wollten. Außerdem teilten beninische Mediziner amnesty international mit, dass das Transitzentrum von Hilacondji, an der Grenze zu Togo, am 25. Mai 2005 berichtet habe, unter den togoischen Flüchtlingen befänden sich *»rund 140 schwerwiegende Fälle, alle mit Schusswunden, Schenkelbeinbrüchen oder Verrenkungen. Die meisten Verletzungen fanden sich an den oberen und unteren Gliedmaßen. In einem Fall hat eine Kugel eine Lunge durchschlagen. Einige wiesen Wunden am Kopf auf. Die Menschen sind mit Schlagstöcken und Macheten zusammengeschlagen worden.«* Des Weiteren sagte ein beninischer Arzt, der am Krankenhaus von Comé (nahe der Grenze zu Togo) arbeitet, der Delegation von amnesty international: *„In das Krankenhaus sind viele Patienten gekommen, darunter ungefähr 20 Menschen mit schweren Verletzungen. Die Opfer litten unter Schussverletzungen an den Beinen und im Brustbereich. Die Patienten haben angegeben, dass Soldaten auf sie gefeuert hätten.“* In das Krankenhaus kamen vor allem Patienten aus der Küstenregion. Einige von ihnen konnten wieder nach Hause zurückkehren, andere schwerverletzte Patienten wurden jedoch zum Zeitpunkt des Besuchs durch amnesty international immer noch im Krankenhaus behandelt.

»Er versetzte ihm Tritte in die Hoden«

Viele angebliche Aktivisten der Opposition sind Opfer von Folterungen und Misshandlungen geworden. Einer dieser Fälle, der sich in Bè Château, einem Stadtviertel von Lomé, ereignete, bekam eine gewisse Bekanntheit dadurch, dass ein Journalist, der zufällig vor Ort war, Fotos von den Ereignissen machen konnte. Die Anwesenheit vieler Zeugen, darunter ausländischer Journalisten, rettete das Leben des Opfers, eines Motorradfahrers, der an keiner Demonstration teilgenommen hatte.

Ein Zeuge berichtete amnesty international:

„Ein Motorradfahrer, der an keiner Demonstration teilnahm, wollte das andere Ende der Stadt erreichen, als an einem Kontrollpunkt einer der Soldaten ihn zum Anhalten aufforderte. Kaum hatten seine Füße den Boden berührt, schlug ihn ein Soldat einige Male mit dem Stock. Der Soldat befahl ihm, die Hosen herunterzulassen, und trat ihm einige Male in die Hoden. Er erhielt auch Tritte ins Gesicht. Er zog die Hosen wieder hoch und musste niederknien. Ein Soldat richtete seine Waffe auf ihn und zielte. Eine Gruppe Frauen warf sich auf die Erde und bat die Soldaten um Gnade. Ein Militärfahrzeug, das die Opfer einsammelte, hielt in ihrer Nähe. Einer der Soldaten wies den Mann an, in den Wagen zu steigen, und wandte sich an die Journalisten, um ihnen zu erklären, der Mann werde ‚zu seiner eigenen Sicherheit‘ fortgebracht. Dann änderte der Soldat seine Meinung und forderte den Motorradfahrer auf zu verschwinden.“

Einige Personen wurden auch in ihren eigenen Häusern angegriffen. Ein CAR-Mitglied verlor das Bewusstsein, als er am 26. April 2005 in seinem Haus in Tokoin Séminaire, einem Stadtviertel von Lomé, zusammengeschlagen wurde. Er berichtete amnesty international:

„Ich befand mich zu Hause, als gegen 15:00 Uhr etwa fünfzehn Soldaten über die Mauer kletterten und in mein Haus eindrangten. Sie sagten, dass sie nach Dokumenten suchten, und begannen, mich zu verprügeln. Sie zerrten mich nach draußen und zwangen mich, mich auf der Terrasse niederzulegen. Vier Soldaten zogen mich an den Armen, zwei weitere hielten mich an den Füßen fest. Andere Soldaten versetzten mir Schläge mit einer Axt, mit Knüppeln und dünnen Seilen. Sie gaben mir eine tüchtige Tracht Prügel. An einem Punkt verlor ich das Bewusstsein. Als ich wieder zu mir kam, kletterte ich über eine Leiter auf das Hausdach, um mich dort zu verstecken. Die Soldaten sahen mich nicht. Sie gingen fort und riefen: ‚Wir sollten ihn fertigmachen‘. Sie schlugen auch zwei meiner Brüder.“

Die Person, die das Opfer behandelte, teilte amnesty international mit, dass *„dieser Mann in einem leichten Koma war, als er bei uns ankam. Er wies ein Schädeltrauma auf sowie schwere Wunden im Nacken, die mit sechs Stichen genäht werden mussten. Der Ringfinger seiner linken Hand war außerdem gebrochen. Sein Körper war mit Blutergüssen bedeckt. Wir haben auch seine beiden Brüder behandelt, deren Wunden gleichfalls genäht werden mussten.“*

Mehrere Personen wurden Berichten zufolge auf einem Stück Land nicht weit vom Hauptquartier der togoischen Streitkräfte entfernt gefoltert und andere getötet. Ein Überlebender beschrieb amnesty international das Geschehen:

„Es war der Tag nach der Wahl vom 24. April. Gegen 15:00 Uhr wurden wir im Stadtviertel Anagokomé von drei RPT-Milizionären verhaftet. Sie bedrohten uns mit ihren Waffen und zwangen uns, in ein Fahrzeug zu steigen, das kein Nummernschild trug. Sie brachten uns zu einem Feld hinter dem Armeehauptquartier in Agoué. Fünf Personen in schwarzen Drillichanzügen, die Sturmhauben trugen, erwarteten uns. Einige andere Personen waren ebenfalls anwesend. Sie fesselten unsere Hände und Füße an Pfählen, sie stellten uns Fragen, sie warfen uns vor, gegen Faure zu kämpfen und uns für einen alten Mann an Stelle eines jungen eingesetzt zu haben. Wir flehten um Vergebung. Sie gaben uns etwas zu trinken und forderten uns auf, unsere letzten Gebete zu sprechen. Dann erschossen sie einen von uns, es war Laïson Ayi, 31 Jahre alt, ein Anhänger der Opposition. Wir schrieten erneut und sagten ihnen, wir hätten nichts getan. Dann riefen sie jemanden herbei, den sie Hauptmann nannten. Dieser sagte, man solle keine Unschuldigen töten. Sie lösten unsere Fesseln und forderten uns auf, niemandem etwas davon zu sagen, andernfalls würden sie uns töten. Am nächsten Tag erfuhren wir, dass der Körper Laïson Ayis in der Leichenhalle gefunden worden war.“

Die Sicherheitskräfte und Angehörige der Milizen sollen auch immer wieder Schulkinder angegriffen haben. Koté Emedessi, ein Schüler der vierten Klasse im Collège d'enseignement général (CEG) von Nykonakpoe, nahe Atakpamé, starb im Alter von etwa 19 Jahren, nachdem er in den Tagen nach der Präsidentschaftswahl von Milizionären gefoltert worden war. Ein Zeuge berichtete amnesty international:

„[Am 24. April 2005] kehrte der junge Koté vom Feld zurück, er war ein bisschen betrunken. Als er an der Schule CEG von Kossi-Kiti vorbeikam, sang er ‚Ablodé, Ablodé Badja‘⁴. Das war der Kampfruf der Opposition. Er wurde von Milizionären festgenommen und zum Hauptquartier der RPT in Agbonou gebracht. Dort wurde er gefoltert und man fand seinen Leichnam in einem Graben hinter dem RPT-Hauptquartier. Sein Schädel war eingeschlagen und seine Hoden zusammengequetscht. Am Körper trug er Spuren von Schlägen. Sein Bruder musste darum betteln, den Leichnam zu erhalten, der verbrannt werden sollte. Er wurde am 28. in Agbofon beerdigt.“

Einige Menschen wurden von Soldaten vor den Augen ihrer Familien zu Tode geprügelt. Eine aus Tsévié (Ortschaft nördlich von Lomé) stammende Frau, die in Benin Zuflucht fand, berichtete amnesty international: *„Mein Mann und ich waren auf dem Weg nach Lomé, um dort unsere Kinder zu besuchen. Auf der Straße an der Lagune von Bè wurde mein Mann von den Sicherheitskräften angegriffen. Sie schlugen ihn mit Knüppeln. Er überantwortete seine Seele Gott, das war am 27. April. Andere Personen auf der Straße wurden ebenfalls geschlagen.“*

In Kpemé, nicht weit von Aného, starb Soulagbo Kodjovi Agossou, 14 Jahre alt, Schüler der vierten Klasse, nachdem er von mehreren Soldaten zusammengeschlagen und gezwungen worden war, Tränengas einzuatmen. Dieser Vorfall ereignete sich nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse und während der zum Teil gewalttätigen Demonstrationen in der Umgebung von Aného, die von Oppositionanhängern organisiert worden waren. Einer der Demonstranten, der als Flüchtling in Benin lebt, berichtete amnesty international:

„Wir waren an einer Seite der Bahngleise, auf der Höhe des Eingangs zur IFG-Fabrik [IFG = International Fertilizer Group]. Wir entfernten die Gleise, damit die Züge das Phosphat nicht abtransportieren konnten. Soldaten trafen ein und schlugen die Leute. Zwei Soldaten mit roten Barett schlugen mit Knüppeln zu. Kodjovi fiel hin und sie traten ihn hin und her wie einen Fußball. Danach zwangen sie ihn, Tränengas einzuatmen. Er starb im Krankenhaus gegen 13:00 Uhr.“

„Sie verhafteten ihn und sieben Soldaten nahmen ihn in einem Jeep mit“

Eine große Zahl von Personen ist nach der Präsidentschaftswahl vom 24. April 2005 verhaftet worden. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts befanden sich einige von ihnen immer noch im Gewahrsam, augenscheinlich ohne dass Anklage gegen sie erhoben oder Verfahren gegen sie durchgeführt worden wären. amnesty international hat die Namen Dutzender Gefangener zusammengetragen; viele von ihnen werden in den Zivilgefängnissen von Lomé und Tsévié festgehalten. Es ist allerdings unmöglich, eine verlässliche Schätzung der Zahl von Menschen abzugeben, die entweder inhaftiert worden sind oder über deren Verbleib die Angehörigen keine Informationen haben. Die Schwierigkeiten bei der Feststellung, wie viele Menschen inhaftiert worden sind, wo sie festgehalten werden oder was ihnen zugestoßen ist, ergeben sich sowohl aus der Angst der Familienangehörigen von Gefangenen als auch aus der massiven Auswanderung in die beiden Nachbarstaaten Ghana und Benin – insgesamt aus einer Situation, die Familien daran hindert, nach dem Verbleib ihrer verhafteten Angehörigen zu forschen.

Dies ist der Fall bei der Familie von Francis Messan, 25 Jahre alt, Mitglied der UFC und verhaftet in seinem Haus in Lomé an dem Tag, an dem der Präsidentschaftskandidat der Opposition, Bob Akitani, seinen Sieg erklärte. Ein Zeuge für diese Verhaftung fand Zuflucht in Benin und berichtete amnesty international: *„Wir feierten gerade den Sieg unseres Kandidaten. Es war gegen 19:00 Uhr, als die Soldaten in unser Haus kamen. Einer von ihnen schlug mich und sie feuerten Tränengas ab. Sie suchten nach Francis. Sie verhafteten ihn und sieben Soldaten nahmen ihn in einem Jeep mit. Wir haben ihn seitdem nicht mehr wiedergesehen.“*

Die Entführungen von Unterstützern der Opposition begannen in den Tagen vor der Präsidentschaftswahl. Berichten zufolge, die amnesty international zusammengetragen hat, verschleppten Soldaten, die rote Barette trugen, Koffi Amouzou, einen Anstreicher, der sich für die Opposition eingesetzt hatte, gegen 8:00 Uhr morgens aus seinem Haus an einen unbekanntem Ort.

⁴ Der Slogan bedeutet „totale Freiheit“ in Éwé, einer im Süden des Landes gesprochenen Sprache.

Einer seiner Verwandten, mit dem die Delegation von amnesty international in Benin zusammentraf, sagte, die Familie habe keine Nachricht von Koffi Amouzou erhalten.

Viele Menschen wurden auf Grund von Denunziationen beschuldigt, die Opposition zu unterstützen. Frau Dalas, eine Händlerin aus Aklahou, nahe Aného, wurde am 7. Mai bei sich zu Hause festgenommen, weil sie im Verdacht stand, für die Menschen, die am 26. April in Aného demonstriert hatten, Essen gekocht zu haben. Soweit amnesty international bekannt ist, wird Frau Dalas weiterhin ohne Anklage oder Gerichtsurteil im Gefängnis von Vogan festgehalten.

In mindestens zwei Ortschaften, Atakpamé und Aklakou, wurden Schüler verhaftet oder mit Verhaftung bedroht. Am Tag nach der Verkündung der Wahlergebnisse beobachteten mehrere Personen die Verhaftung von mindestens sieben Schülern der Schule von Aklakou. Diese Schüler wurden beschuldigt, am Dienstag, dem 26. April 2005, demonstriert zu haben. Ein Zeuge, der sie auf der Gendarmeriestation in Aného traf, berichtete amnesty international: *„Die meisten der verhafteten Schüler wurden bereits bei ihrer Ankunft in der Gendarmerie geschlagen. Sie wurden mit Faustschlägen traktiert und gezwungen, sich bis auf die Unterwäsche auszuziehen. Einige Leute sagten mir, ihr Gesäß sei geschwollen und sie könnten nicht mehr sitzen.“*

Etwa zehn Tage nach der Präsidentschaftswahl, als der Unterricht an der Schule von Atakpamé wieder aufgenommen wurde, versuchten zum Lehrkörper gehörende Mitglieder des *Haut conseil des associations et mouvements estudiantins* (HACAME), einer Miliz der RPT, Schüler namhaft zu machen, die bei den Demonstrationen nach der Wahl verletzt worden waren. Ein Zeuge machte gegenüber amnesty international die folgende Aussage:

„Am Montag, dem 9. Mai [2005], nach dem Hissen der Flagge, forderten HACAME-Milizionäre, die in der Schule arbeiteten, Schüler auf, sich zu melden, wenn sie verletzt worden seien. Wären die Gendarmen, die verständigt worden waren, nicht gekommen, wären die Schüler in das RPT-Hauptquartier gebracht worden. Die Gendarmen brachten die Schüler in Sicherheit, in dem sie sie mindestens fünf Tage lang in ihrer Station unterbrachten.“

„Es lohnt sich nicht, mit ihr weiterzumachen – sie ist zu alt“

Im Verlauf ihrer Untersuchungsmission in Benin trugen die Delegierten von amnesty international Zeugenaussagen zusammen, die Gewalt gegen Frauen belegen – einschließlich Fälle von Vergewaltigungen, die durch bewaffnete Anhänger der Regierung verübt worden sind.

Am 26. April 2005 wurde in Clidji, einem Dorf nahe Aného, eine etwa dreißig Jahre alte Frau angegriffen, als sie gemeinsam mit ihrer jüngeren Schwester unterwegs war. Sie ist nach Benin geflüchtet und berichtete amnesty international:

„Am Tag, an dem die Wahlergebnisse verkündet wurden, befand ich mich gemeinsam mit meiner kleinen Schwester gegen 11:00 Uhr morgens auf der Friedhofstraße auf dem Rückweg von der Apotheke. Ein Soldat rief uns an. Er war in Begleitung anderer Soldaten. Meine kleine Schwester rannte weg. Ich begab mich zu ihnen und der Soldat, der mich angerufen hatte, beschuldigte mich, die Kinder gegen sie aufzuhetzen. Sie warfen sich auf mich und schlugen mich mit Stöcken. Der Stock war dicker als mein Arm, und ich stöhnte. Eine alte Frau, die vorbeikam, wurde ebenfalls geschlagen. Sie befahlen ihr, sich auf den Boden zu legen, und schlugen sie. Als einige Demonstranten eintrafen, flohen die Soldaten.“

Einige Frauen wurden von Kugeln getroffen, als sie vor den Sicherheitskräften zu fliehen versuchten. Eine Friseur-Auszubildende, die in der Region von Aného lebt, erzählte amnesty international:

„[Am Dienstag, dem 26. April 2005,] kam ich mit einem ‚Zemedjian‘ [dem Fahrer eines Motorrad-Taxis] vom Markt zurück. Demonstranten blockierten die Brücke. Es waren auch einige Soldaten da. Ich stieg vom Motorrad ab und wollte fortrennen und mich verstecken. Da traf mich eine Kugel in der Nierengegend. Ich wurde in das Krankenhaus von Aného gebracht, wo die Kugel entfernt wurde. Dort waren viele Verwundete, zwei Personen starben an den Folgen ihrer Verletzungen. Die Ärzte waren gezwungen, einige Patienten in das Krankenhaus von Afagnan zu schicken.“

amnesty international hat außerdem Informationen über Fälle zusammengetragen, in denen Milizionäre und Soldaten Frauen vergewaltigt haben, die sie der Unterstützung der Opposition verdächtigten. Da dieses Thema tabu ist, war es für die Delegierten sehr schwierig, präzise Informationen über diese Fälle sexueller Gewalt zu erhalten. Die Opfer und ihre Familien schämten sich und befürchteten, aus ihren Gemeinschaften ausgestoßen zu werden. Alle Zeugenaussagen, die amnesty international erhalten hat, betrafen Vergewaltigungen, die am 26. April 2005 (dem Tag, an dem die Wahlergebnisse verkündet wurden,) in der Stadt Atakpamé und ihrer Umgebung begangen worden sind. Andere Berichte sprechen von Vergewaltigungen und anderen Akten sexueller Gewalt gegen Frauen auch in anderen Städten des Landes, vor allem in Lomé.

Mehrere Zeugen berichteten amnesty international, dass eine Frau in ihrem Haus in Atakpamé am Nachmittag des 26. April 2005 vergewaltigt wurde.

„Gegen 15:30 Uhr trafen mehr als 200 Milizionäre im Stadtviertel Oke Ekpa ein, um Hausdurchsuchungen nach den ersten Unruhen, die durch die Verkündung der Wahlergebnisse hervorgerufen worden waren, durchzuführen. Sie waren in Zivil, einige von ihnen mit nackten Oberkörpern und über den Hosen verknöteten Hemden. Einige waren mit Gewehren oder Macheten bewaffnet, andere mit Knüppeln, die mit Nägeln gespickt waren. Sie gingen in das Haus von V., das an der Straße liegt, und sie schlugen ihren Mann. Sie gingen nach hinten in das Schlafzimmer, wo sie mit ihren drei Kindern war, und schlugen alle. Ein Milizionär hielt die Arme der Frau fest, ein anderer hielt ihre Füße und ein dritter vergewaltigte sie.“

Am selben Tag wurde eine andere Frau vergewaltigt, nachdem ihr Mann erschossen worden war. *„Die Milizionäre kamen zu dem Grundstück, alle rannten fort. X. und seine Frau F. konnten nicht entkommen. Sie schlugen sie mit ihren Keulen. X wurde niedergestochen und dann mit Kugeln erledigt. Die Milizionäre schwärzten ihre Gesichter mit Kohle, um nicht erkannt zu werden, und vergewaltigten dann seine Frau.“* Nach ihrer Vergewaltigung floh F. aus der Stadt und fand Zuflucht bei Verwandten. Sie sagte ihnen, sie wolle lieber *„sterben als einen Arzt aufsuchen, der eine Krankheit feststellen könnte.“*

Die Delegierten von amnesty international trafen auch mit der Tochter einer über 80 Jahre alten Dame zusammen, der in einem Dorf nahe Atakpamé von Milizionären Gewalt angetan worden war. *„Viele junge Leute kamen in das Viertel und setzten Häuser in Brand. Einer von ihnen fragte, was er mit der Alten machen solle. Einer antwortete: ‚Lass uns Spaß mit ihr haben‘. Ein Milizionär vergewaltigte sie. Danach sagte ein anderer Milizionär: ‚Es lohnt sich nicht, mit ihr weiterzumachen – sie ist zu alt.‘* Meine Mutter wurde von einem Arzthelfer untersucht, der sie behandelte.“

"An dem Blutbad sind die ausländischen Journalisten schuld"

Seit der Bekanntgabe des Todes von Präsident Eyadéma am 5. Februar 2005 haben die Behörden ohne Unterlass die unabhängige Presse und die ausländischen Journalisten belästigt, die sich bemühten, über die Unterdrückung vor Ort zu berichten.

Seit dem Wahlabend wurden die Kommunikationswege mit Togo unterbrochen, so dass es sehr schwierig wurde, Informationen zu sammeln und zu verifizieren. Während mehrerer Tage waren die Telefonleitungen außer Betrieb, und das hinderte nicht nur daran, ins Ausland zu telefonieren oder Anrufe von dort zu empfangen, sondern auch daran, innerhalb des Landes zu kommunizieren.

Die systematischen Belästigungen und Einschüchterungen, deren Opfer die privaten Medien seit dem Tod Eyadémas waren, setzten sich in den Tagen fort, die der Wahl vorangingen und folgten. So hat die obere Behörde des Audiovisuellen und der Kommunikation (HAAC) sich das Radio *Nana FM* vorgenommen und es beschuldigt, es wolle Wahlergebnisse verbreiten. Angesichts dieser wiederholten Drohungen hat dieses Radio beschlossen, ab dem Wahltag nichts als Musik zu senden, bevor es dann einige Tage wegen anhaltender Gewalt in dem Viertel, in dem es ansässig ist, schloss.

Die Militärs haben am 26. April 2005 die lokale Radiostation *Radio Lumière* in Aného angegriffen, wo es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gab. Ein Journalist dieser Radiostation hat amnesty international erzählt:

"Am Dienstag nach der Bekanntgabe der Ergebnisse sind Militärs zur Station von Radio Lumière gekommen und haben die vier Computer zerstört, indem sie mit scharfer Munition geschossen haben. Das Radio blieb weiter in Betrieb. Am nächsten Tag sind sie wieder gekommen und haben den Mast mit der Antenne des Radios zerstört. Sie haben das Gebäude, das das Radio beherbergte, und den Wagen des Direktors in Brand gesteckt."

Außerdem hat der Präsident des HAAC, Herr Combévi Agbodjan, die Schließung von *Radio Maria* und *Radio Nostalgie* für die Dauer eines Monats angeordnet, mit der Begründung, diese Radios hätten am Montag, dem 25. April, eine Falschmeldung verbreitet und behauptet, es gäbe in der Nacht des 25. April eine Ausgangssperre in Lomé.

Seit dem 26. April 2005 konnten RFI und BBC im FM Bereich [UKW] nicht mehr gehört werden. Zwei Tage später erklärte der Minister für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, dass diese Unterbrechungen das Ziel hätten *"den nationalen 'Zusammenhalt' zu bewahren."* In der Tat habe ihm zufolge *"eine Regierung, welche auch immer das sei, die Verantwortung dafür, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und die Pflicht, die Bevölkerung und den nationalen 'Zusammenhalt' zu schützen."*

Außerdem waren die Korrespondenten der internationalen Medien Ziel von Angriffen und Einschüchterungen: Thierry Tchukriel, ein Journalist des Gemeinschaftsradios *Rd'Autan*, der sich am 19. April nach Lomé begeben hatte, um die Präsidentschaftswahlen zu begleiten, ist in der Nacht des 24. April von vier Militärs geschlagen worden, nachdem er von der togoischen Polizei festgenommen worden war. Sein Presseausweis und sein Photoapparat wurden konfisziert. Der Journalist befand sich in einem Wahllokal in der Nähe des Großen Marktes von Lomé und wollte den Vorgang der Stimmenauszählung verfolgen.

Am Donnerstag, dem 28. April, äußerte der Minister für Kommunikation, Herr Tchalla, bei einer Konferenz für die internationale Presse sein "Missfallen" bezüglich der Berichterstattung während der Präsidentschaftswahlen. Er präzisierte seine Vorwürfe, indem er versicherte, dass *"gewisse internationale Journalisten die Regeln der Déontologie [Berufsethik] nicht respektieren und die Wahl getroffen haben, Partei zu ergreifen. Die blutigen Entgleisungen, deren Zeuge wir geworden sind, sind zum Teil ihre Schuld."*

Am 28. April hat der Präsident der Interimsregierung, Abass Bonfoh, die ausländischen Medien öffentlich beschuldigt, an den Unruhen schuld zu sein, indem er versicherte, *"das Blutbad, dafür sind die ausländischen Journalisten verantwortlich."*

Außerdem haben die Behörden versucht, die lokalen Menschenrechtsorganisationen mundtot zu machen. So haben am 13. Mai 2005 mehrere junge Leute, die der Partei der Machthaber nahe stehen, die togoische Menschenrechtsliga (LTDH) daran gehindert, eine Pressekonferenz abzuhalten, bei der die Organisation die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen seit dem 5. Februar 2005 bekanntgeben wollte.

"Sie haben uns im Visier ['doigtés' - mit dem Finger auf uns gezeigt] und man hat Angst, nach Togo zurückzukehren"

Zahlreiche nach Benin geflüchtete Personen haben gegenüber der Delegation von amnesty international bezeugt, dass die Sicherheitskräfte und Mitglieder der Milizen im Voraus Aktivisten der Opposition identifiziert hätten, um sie nach der Wahl zu belästigen und einzuschüchtern. Manche Oppositionelle wären leicht zu erkennen gewesen, weil sie gelbe Kleidung oder eine Palme zur Schau trugen, Symbole des Einheitskandidaten der Opposition, Bob Akitani. Ein Zeuge hat berichtet, dass während der Wahlkampagne in Atakpamé *"ein junger Schüler, der gelb trug, geschlagen wurde. Man hat ihm das Tricot ausgezogen und ihn in weiß eingekleidet, mit einem T-Shirt mit dem Konterfei von Faure."*

Mehrere Informationen zeigen, dass etliche Leute, die nach Benin geflüchtet waren, nach ihrer Rückkehr nach Togo verhaftet worden sind, nachdem sie als Aktivisten der Opposition identifiziert worden waren. Das war der Fall des Zémédjan [Fahrer eines Motorradtaxi] Lawson Laté. Er kehrte nach Pflingsten ins Land zurück und ist bei seiner Rückkehr an der Grenze verhaftet worden. Ein togoischer Flüchtling, der in Benin geblieben ist, erklärte amnesty international: *"Man hatte ihn im Visier [\"doigté\"], weil er während der Wahlkampagne gelb gekleidet war und eine Palme auf seinem Moto hatte. Niemand weiß, wo er ist."*

Oppositionsmitglieder, die als Wahlhelfer in den Wahlbüros agierten, sind fotografiert worden. Ein togoischer Flüchtling hat der Delegation von amnesty international berichtet:

"Ich habe die Koalition in Lomé repräsentiert, die Militärs sind im Wahlbüro in der Anfamé-Schule im Viertel von Bè Kpota eingetroffen. Sie haben mit scharfer Munition auf die Leute geschossen, einige sind gefallen, ich bin wie durch ein Wunder entkommen, andere sind verhaftet und in einem Lastwagen mitgenommen worden. Die Militärs sind mit den Urnen weggegangen. Nach den Auszählungen wurde ich unter Druck gesetzt, das Protokoll zu unterschreiben, ich habe mich geweigert. Am 25. April, als ich gegen 20 Uhr nach Hause kam, habe ich einen Mann gesehen, der im Wahlbüro Photos gemacht hatte, er war mit anderen Leuten vor meinem Haus. Ich habe beschlossen, die togoische Hauptstadt zu verlassen, um mich nach Benin zu flüchten."

Eine andere Wahlhelferin wurde ebenso zur Zielscheibe wegen ihres Engagements für die Koalition der Opposition. Diese Frau von 40 Jahren, eine Verkäuferin von Flechtwaren im Viertel von Bè in Lomé, hat amnesty international erzählt:

"Am 24. April war ich im Wahlbüro Nr. 1 in der EPC [katholische Grundschule] von Ablogamé. Die Militärs sind gegen 16.30 Uhr angekommen und haben die Leute misshandelt, die sich im Wahlbüro befanden. Sie haben Kautschukgeschosse und ebenso scharfe Munition abgefeuert. Am Tag nach der Wahl sind die Militärs zu mir nach Hause gekommen, um mich zu holen, meine Schwester hat mich über Handy gewarnt, ich war beunruhigt und habe mich entschieden, nach Benin zu fliehen."

In einigen Fällen waren Verwundete gezwungen, aus dem Krankenhaus, in dem sie waren, zu fliehen, weil sie als Aktivisten der Opposition identifiziert worden waren. Das war der Fall bei einem jungen Mann aus Lomé, der während einer der Demonstrationen nach der Wahl im Rücken und an der Hüfte durch Schüsse verwundet worden war. Er hat amnesty international erzählt: *"Man hat mich ins Krankenhaus gebracht, wo ich eine Erstversorgung erhielt und man mir die Kugel entfernte. Ich musste das Krankenhaus verlassen, weil die Milizen der RPT uns ausfindig gemacht haben, ich bin in Benin am 29. angekommen und bin im Krankenhaus von Comé weiter versorgt worden."*

All diese Fakten erklären die Angst, die sehr viele Flüchtlinge bei dem Gedanken an eine Rückkehr nach Togo zum Ausdruck gebracht haben. Ein nach Benin geflüchteter Lehrer aus Aného vertraute der Delegation von amnesty international an: *"Wir können nicht ins Land zurück, man sucht uns an allen Ecken und Enden. Wenn es keine Veränderung gibt, wird unsere Sicherheit niemals gewährleistet sein. Die Namen mehrerer Personen sind notiert worden. Drei von denen, die zurückgekehrt sind, sind verhaftet worden."* Das Risiko ist daher groß, dass sich mehrere tausend Flüchtlinge gezwungen sehen, in Benin und Ghana zu bleiben, wie das anderen togoischen Bevölkerungsteilen erging, die Anfang der 90er Jahre in den Nachbarländern Zuflucht gefunden hatten.

Die Absicht Spuren zu verwischen

Die Bilanz Toter und Verletzter durch die Unterdrückung, die der Präsidentschaftswahl im April 2005 folgte, ist sehr schwer zu erstellen und war Gegenstand von Kontroversen. Am 13. Mai 2005 schätzte die LTDH 811 Tote als provisorische Bilanz. Sechs Tage später gab eine Organisation, die der togoischen Regierung nahe steht, die togoische Bewegung zur Verteidigung von Freiheiten und Menschenrechten (MTDLDH), ihrerseits insgesamt 58 Tote an⁵.

⁵ Genau genommen umfasst die Bilanz der LTDH alle Personen, die seit dem 5. Februar 2005, dem Datum der Bekanntgabe des Todes von Präsident Gnassingbé Eyadéma, getötet worden sein sollen, während die MTDLDH nur Opfer seit April 2005, dem Beginn der Verteilung der Wählerkarten, aufgelistet hat. Zwischen diesen beiden

Im Verlauf ihrer Nachforschung konnte amnesty international eine Liste von 150 Namen aufstellen, die sie jeder internationalen, unabhängigen und unparteiischen Enquête-Kommission zur Verfügung stellt, soweit dabei die Sicherheit von Zeugen und der Familien der Opfer garantiert werden kann. Die Organisation schätzt gleichwohl, dass die Gesamtzahl der Opfer weit höher liegt, weil zahlreiche Zeugenaussagen darauf schließen lassen, dass Leichen in den Leichenhallen abgegeben und nicht identifiziert wurden, ebenso dass Tote beerdigt wurden, ohne vorher in der Leichenhalle registriert worden zu sein.⁶ So hat ein Zeuge gegenüber amnesty international angegeben, dass 27 Leichen nach der Bekanntgabe der Resultate in der Leichenhalle abgegeben worden seien. *"Diese 27 Leichen sind vom Roten Kreuz, das die Stadt durchstreifte, zur Leichenhalle gebracht worden. Die Verwaltung der Leichenhalle wollte keine Informationen geben und das Totenregister nicht zeigen."*

amnesty international liegen mehrere Zeugenaussagen vor, die bestätigen, dass von den togoischen Behörden Anweisungen an das Personal der Krankenhäuser und Leichenhallen gegeben worden sind, damit keinerlei Informationen über die Anzahl der Toten herausgegeben würden, weder an Beobachter von außerhalb, noch mitunter sogar an die Familie des Opfers. So wurde der Familie eines Heranwachsenden im Alter von 16 oder 17 Jahren, der am 26. April von den Sicherheitskräften in Aného getötet worden war, nicht gestattet, den Leichnam zu holen, der vom Roten Kreuz in der Leichenhalle der Stadt abgegeben worden war. Infolge dieser Anordnungen hat der Direktor des Krankenhauses von Aného sich am 28. April 2005 geweigert, der nationalen und internationalen Presse Informationen über die Toten und Verwundeten zu geben.

Außerdem wurde am 27. April 2005 im Krankenhauszentrum der Universität (CHU) von Tokoin in Lomé eine Notiz angeschlagen, die das Krankenhauspersonal ermahnte, dass jede Anfrage an die Direktion des CHU gerichtet werden müsse, und verbot, Kameras oder Photoapparate ins Krankenhaus mitzubringen. Am selben Tag kam die Ministerin für Gesundheit, Frau Suzanne Aho Assouma, mit dem Generaldirektor für Gesundheit ins Krankenhaus. Sie untersagte den Zugang zur Leichenhalle und gab die mündliche Anordnung, nicht mit Journalisten zu sprechen. Außerdem wurde das Notfallregister des Krankenhauses, in dem die Zugänge von Opfern der Demonstrationen verzeichnet waren, mitgenommen und durch ein neues ersetzt.

Diese Informationen zeigen den Willen der Behörden, jede Spur der Identität und Anzahl der Opfer, die in diese Gesundheitszentren gebracht wurden, zu verwischen, was eine erschöpfende Bilanz der Opfer dieser Repression unmöglich macht.

Abgesehen von den Leichen und Verwundeten, die in die Krankenhäuser oder Leichenhallen gebracht wurden, wurde eine unbestimmte Anzahl von Toten von den Familien begraben oder irgendwo liegengelassen. Mehrere Zeugenaussagen gegenüber amnesty international belegen, dass seit dem 27. April 2005 Leichen in Verwesung auf dem Hügel von Oké Ekpa (in der Umgebung der Stadt Atakpamé) aufgefunden wurden.

EIN UNTERDRÜCKUNGSAPPARAT AUSSCHLIEßLICH IN DEN HÄNDEN DER REGIERUNG

General Eyadéma wie auch sein Sohn und Nachfolger, Faure Gnassingbé, haben sich zu ihrem Machterhalt eines Sicherheitsapparates bedient, der sich aus den regulären Streitkräften, der Gendarmerie, der Polizei und der vom Regime ins Leben gerufenen Milizen zusammensetzt.

Daten nennen alle Quellen indes etwa 20 Tote, womit sich der gewichtige Unterschied zwischen den Schätzungen der beiden togoischen Organisationen allerdings nicht erklären lässt.

⁶ Es muss betont werden, dass die Bilanz von amnesty international nur auf in Benin erhaltenen Informationen basiert und dass sich die Organisation aus Sorge, Zeugen und Familien von Opfern unnötig in Gefahr zu bringen, nicht nach Togo begeben konnte.

Die Sicherheitskräfte

Artikel 49 der togoischen Verfassung legt fest, dass »*der Auftrag der unter der Weisungsbefugnis der Regierung stehenden Streitkräfte und Polizei der Schutz der freien Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist sowie die Gewährleistung der Sicherheit für die Bürger und ihren Besitz.*« Die Realität ist eine vollkommen andere. Innerhalb der vergangenen vierzig Jahre waren die togoischen Sicherheitskräfte – sowohl die Streitkräfte FAT als auch Teile der Gendarmerie und der Polizei – verantwortlich für systematische Menschenrechtsverletzungen an Oppositionellen oder einfachen Bürgern, die in der überwiegenden Zahl der Fälle weder Gewalt angewandt noch zur Gewaltanwendung aufgerufen hatten.⁷ Für diese Menschenrechtsverletzungen sind die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

Diese Unterdrückung hat zum Tod zahlreicher Oppositioneller und zur Flucht tausender von Menschen in das Exil geführt. Die jüngsten Ereignisse seit dem Tod General Eyadémas haben verdeutlicht, dass die Sicherheitskräfte an ihrer alten Rolle festhalten: Sie stellen vor allem den Schutz und den Bestand eines politischen Systems sicher, das von einer Familie gelenkt wird.

In früheren Veröffentlichungen hat amnesty international die Strukturen der togoischen Streitkräfte beschrieben.⁸ Die Organisation hat immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, dass die Streitkräfte nicht die Rolle einer klassischen Armee übernehmen und vollkommen ungestraft Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung begehen.

Seit der Unabhängigkeit 1960 ist die Zahl der Armeeingehörigern von 300 auf mehr als 13.000 Mann gestiegen. Dieses Wachstum beruht auf einer rein regionalistischen Anwerbung. Zu mehr als 75 Prozent kommen die Soldaten der togoischen Armee aus dem Norden des Landes; davon sind mehr als zwei Drittel Angehörige des Kabye-Volkes, zu dem auch die Familie Eyadéma gehört. Die Hälfte dieser Männer kommt aus Pya, dem Geburtsort General Eyadémas. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der Garnisonen und militärischen Einrichtungen, darunter auch die Militärschule von Tchichao, im Norden des Landes liegt.

Während seiner gesamten Regierungszeit hat General Eyadéma alles getan, um zwischen dem Norden Togos und den restlichen Landesteilen einen Keil zu treiben. Er genoss dabei die Unterstützung des Militärs und von Anhängern aus seiner Geburtsregion. Die togoischen Sicherheitskräfte waren dabei erfolgreich im Aufbau einer Schreckensherrschaft, die die Nationale Konferenz von 1991, den Druck der Europäischen Union und den Tod ihres Schöpfers überstehen konnte. Während ihrer Begegnungen mit Togoern, die nach den Präsidentschaftswahlen vom April 2005 in Benin Zuflucht suchten, konnte die Delegation von amnesty international immer wieder feststellen, wie groß die Angst ist, die die togoischen Sicherheitskräfte tagtäglich den Menschen einflößen. Einer der Flüchtlinge sagte zu amnesty international: »*Man hat mich im Visier, ich kann nicht nach Hause zurückkehren; das Militär wird mich das nächste Mal nicht verfehlen*«.

⁷ Während der 1991 durchgeführten Nationalen Konferenz äußerten viele Teilnehmer, darunter Mitglieder des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses, die togoische Armee erfülle nicht mehr die traditionelle Funktion einer Armee. Einer der Teilnehmer erklärte: »*Die togoische Armee ist so verhasst und so sehr Bestandteil der diktatorischen und polizeilichen Macht Eyadémas, dass sie zu einer fremdartigen professionellen Einrichtung im Herzen der Gesellschaft geworden ist. Die togoische Armee hat ihre traditionellen Aufgaben aufgegeben und ist zu einer privaten Stammesmiliz geworden, die ausschließlich Eyadéma und einer Gruppe aus Pya [dem Geburtsort des Präsidenten Eyadéma] stammender Offiziere zu Diensten ist. ...*« Ein anderes von der Nationalen Konferenz 1991 herausgegebenes Dokument kommt zu dem Schluss, dass die togoische Armee »*einen inneren Feind, der niemand anderes ist als die eigene Bevölkerung*«, bekämpft habe.

⁸ amnesty international hat in mehreren Dokumenten Einzelheiten der Strukturen und der Rolle der togoischen Sicherheitskräfte dargestellt. Siehe vor allem: *Togo – Das Militär tötet ungestraft*, 5. Oktober 1993 (AFR 57/13/1993) und *Togo – Staatlicher Terror*, 5. Mai 1999 (AFR 57/01/99).

Die Milizen

In ihren Unterdrückungsaktionen werden die Sicherheitskräfte öfters von den Milizen unterstützt, die von der Regierungspartei ins Leben gerufen worden sind. Die älteste von ihnen, HACAME, wurde während der 1990er Jahre nach der Nationalen Konferenz gegründet. Sie setzt sich vor allem aus Studenten und Soldaten zusammen. Das Ziel der Bewegung war es, während der Übergangszeit zwischen 1991 und 1994 die Opposition zu provozieren. amnesty international hat mehrfach öffentlich ihre Besorgnis über die engen Beziehungen zwischen diesen Milizen und der togoischen Armee kundgetan, weil diese Verbindungen nach Einschätzung von amnesty international eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit in Togo darstellen.

Jedes Mal, wenn sich das Regime bedroht fühlte, vor allem während der Präsidentschaftswahlen von 1998, haben die Milizen an der Seite der Sicherheitskräfte eingegriffen und die Bevölkerung terrorisiert. Alle Informationen, die amnesty international während ihrer jüngsten Untersuchungsmission in Benin erhielt, deuten darauf hin, dass die Milizen eine entscheidende Rolle bei der Unterdrückung nach den Präsidentschaftswahlen vom April 2005 gespielt haben. Diese Milizen sind vor allem präsent und aktiv in Lomé und Atakpamé.

Berichte deuten darauf hin, dass während der jüngsten Wahlperiode ein Ausstellungszentrum, das nicht weit vom Flughafen Lomé entfernt liegt und unter dem Namen *Togo 2000* bekannt ist, als Versammlungsort der Milizen benutzt worden ist. Diese wurden in Lastwagen dorthin gebracht und führten mit Nägeln besteckte Knüppel mit sich. amnesty international liegen Zeugenaussagen vor, denen zufolge der Eingang zu *Togo 2000* von Soldaten bewacht worden ist. Zahlreiche weitere Zeugenaussagen belegen die Unterstützung der Milizen durch die togoischen Streitkräfte, vor allem in Bezug auf Ausbildung im Waffengebrauch. Diese Unterweisungen wurden anscheinend zum Teil in Kara durchgeführt, der großen Stadt im Norden und traditionellen Hochburg General Eyadémas.

Die Rolle anderer Staaten

So wie es unverzichtbar ist, die direkte Verantwortlichkeit der togoischen Streitkräfte und der Milizen für die in den vergangenen Jahren landesweit verübten äußerst zahlreichen Menschenrechtsverletzungen deutlich zu machen, ist es ebenfalls wichtig, sich die Rolle bestimmter anderer Staaten dabei zu vergegenwärtigen, vor allem Frankreichs, das Togo militärische Unterstützung leistet.

Frankreich hat die militärische Zusammenarbeit mit Togo über Jahrzehnte hinweg aufrecht erhalten und auch nach der Entscheidung der Europäischen Union von 1993, die Zusammenarbeit einzustellen, fortgeführt. In einem 1999 veröffentlichten Bericht stellt amnesty international fest, dass die technische Militärhilfe Frankreichs an Togo einer stillschweigenden Unterstützung für Präsident Eyadéma gleichkam.⁹ Sechs Jahre später hat Frankreich immer noch nicht die technische Militärhilfe für Togo überprüft, und auch die Aufgabenstellung für die französischen Militärs, die im Hauptquartier der togoischen Streitkräfte und in anderen Einheiten der Armee Dienst tun, ist anscheinend nicht verändert worden. Nach Angaben auf der Internetseite der französischen Botschaft in Togo über die Französische Mission für Militärische Zusammenarbeit und Verteidigung sind derzeit zwanzig Militärangehörige zum Zweck der militärischen Zusammenarbeit mit Togo dorthin entsandt. Die direkte Materialhilfe zwischen 1989 und 2002 war mehr als 60 Millionen Francs wert.¹⁰ amnesty international schätzt, dass der tatsächliche Wert die offiziellen Angaben übersteigt. Zum Beispiel betrug nach Angaben parlamentarischer Berichte aus der französischen Nationalversammlung und dem Senat alleine 1999 der Wert der direkten Hilfe an Togo mehr als 5 Millionen Francs. Jedoch teilte der Außenminister in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage eines Abgeordneten mit, dass die materielle Hilfe an Togo 13,6 Millionen Francs betrug.¹¹

⁹ Siehe amnesty international: *Togo – Staatlicher Terror*, 5. Mai 1999 (AFR 57/01/99)

¹⁰ Siehe die offiziellen Haushaltsangaben, die zwischen 1989 und 2002 veröffentlicht wurden

¹¹ Belkacem Elomari: *La coopération militaire française en question, étude de l'observatoire des transferts d'armements*

Darüber hinaus gab amnesty international eine Analyse der Gummigeschosse und Tränengasgranaten in Auftrag, die während der Unterdrückungsmaßnahmen im April in Lomé eingesetzt worden waren. Es stellte sich heraus, dass diese Materialien aus französischer Produktion stammten.

Nach Auffassung von amnesty international sollte Frankreich sicherstellen, dass die gelieferte Ausrüstung für Polizei und Sicherheitskräfte sowie die angebotene Ausbildung nicht für das Verüben von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden können. Die Organisation hat zur Entscheidung der EU, die Zusammenarbeit mit Togo aufzukündigen, nicht Stellung genommen. Jedoch ist sie Gegner jeder Lieferung von Material und Ausbildung an Militär, Sicherheitskräfte oder Polizei, wenn es wahrscheinlich ist, dass diese zu Menschenrechtsverletzungen wie Misshandlungen, Folterungen und extralegalen Hinrichtungen eingesetzt werden. amnesty international vertritt die Ansicht, dass es für Frankreich an der Zeit ist, Lehren aus den jüngsten Menschenrechtsverletzungen durch die togoischen Sicherheitskräfte zu ziehen, und erhebt die Forderung, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte in den Beziehungen zwischen Frankreich und Togo Priorität genießen sollten.

SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die Repression vor und nach der Präsidentschaftswahl im April 2005 hat gezeigt, dass sich Armee und Milizen auch nach General Eyadémas Tod weiterhin systematisch der Mittel der Einschüchterung und Gewalt bedienen.

Obwohl die Internationale Gemeinschaft zunächst mit Nachdruck auf den Putsch, der den Sohn Präsident Eyadémas an die Spitze des Landes gebracht hat, reagiert hatte, ist diese Entschlossenheit im Lauf von Wochen - auch aufgrund der Hartnäckigkeit der togoischen Machthaber - immer mehr abgebröckelt. Trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen und Vorwürfe der Wahlfälschung wurde Faure Gnassingbé's Wahlsieg von der Afrikanischen Union und zahlreichen anderen Ländern, insbesondere Frankreich, anerkannt.

Angesichts dieses Stillschweigens, das bestenfalls als Ohnmacht, schlimmstenfalls als Komplizenschaft zu deuten ist, hat sich in der togoischen Bevölkerung, die eine politische Veränderung und die Achtung des Rechtsstaates herbeisehnt, eine totale Hoffnungslosigkeit ausgebreitet. Es ist sicher, dass Terror die Ruhe im Land regiert und Tausende Personen zur Flucht außer Landes getrieben hat. Aber die internationale Gemeinschaft hat die Pflicht, das togoische Volk nicht im Stich zu lassen. In dieser Hinsicht begrüßt amnesty international die Entsendung einer Mission zur Evaluierung der Fakten unter der Leitung des Hohen Kommissars für Menschenrechte in die Region.

Im Jahr 1999 hatte amnesty international eine Dokumentensammlung veröffentlicht mit dem Titel „Togo. Es ist Zeit zur Rechenschaft“.¹² Diese Forderung nach Rechenschaft ist derzeit umso dringender, als die gewaltsame Nachfolge General Eyadémas und der Wahlbetrug durch seinen Sohn die Fortführung des Terrorregimes auf unbestimmte Zeit befürchten lassen. Wird sich die Geschichte wiederholen und werden dieselben repressiven Praktiken in Ewigkeit andauern? Wenn der Straflosigkeit und der Missachtung des Rechtsstaates kein Ende bereitet wird, besteht die Gefahr, dass das togoische Volk über Jahre hinweg der Willkür eines Regimes ausgeliefert bleibt, das erwiesenermaßen entschlossen ist, sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten.

amnesty international appelliert an die togoischen Behörden:

- Alle politischen Gefangenen freizulassen und die Vorwürfe von Folter und Misshandlung durch Sicherheitskräfte, die diese bei der Verhaftung von Personen und in der Haft begangen haben, zu untersuchen und die Schuldigen vor Gericht zu stellen;

¹² Togo. Es ist Zeit zur Rechenschaft, 20. Juli 1999, (AFR 57/22/99)

- Gefangene, die ohne Anklageerhebung in Haft gehalten werden, freizulassen, sofern sie nicht eines Gesetzesverstoßes beschuldigt werden;
- Eine Untersuchung der Vergewaltigungen und Vergewaltigungsvorwürfe mit dem Ziel der Identifizierung der Täter einzuleiten und diese nach den internationalen Regeln zum Schutz der Menschenrechte vor Gericht zu stellen;
- Den Opfern von Vergewaltigungen langfristig kostenlose medizinische und psychologische Betreuung zu gewähren und die Möglichkeit einer Entschädigung zu gewährleisten;
- Was insbesondere die Armee anbelangt, müsste die togoische Regierung die Rolle der togoischen Streitkräfte absolut eindeutig definieren, den Verantwortlichen für die Durchsetzung von Gesetzen klare Handlungsanweisungen geben und sie unter allen Umständen zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsprinzipien verpflichten. Darüber hinaus müsste ein Kontrollmechanismus zur Überwachung der Einhaltung dieser Anweisungen geschaffen werden.
Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen wird zurückgehen, wenn die Organe, die mit der Durchsetzung der Gesetze beauftragt sind, also Armee, Gendarmerie und Polizeikräfte, sich für ihre Taten verantworten müssen. Die Sicherheitskräfte müssten klare Anweisungen erhalten, die besagen, dass keine Menschenrechtsverletzung toleriert wird und dass die Verantwortlichen systematisch der Justiz überstellt werden.
Die für die Durchsetzung der Gesetze Verantwortlichen müssten Grundkenntnisse der Gesetze haben, deren Einhaltung sie durchzusetzen haben. Die Vereinten Nationen haben im Lauf der Jahre eine Anzahl von Kodizes und Erklärungen verabschiedet, die sich mit Themen wie willkürliche Verhaftung, Inhaftierung ohne Anklageerhebung, Misshandlung und Folter, extralegale Hinrichtung, exzessive Gewaltanwendung oder Einsatz von Feuerwaffen befassen. Diese Kodizes und Erklärungen enthalten im Einzelnen:
 - Den Verhaltenskodex für Personen, die für die Durchsetzung von Gesetzen verantwortlich sind, und die Leitlinien zu dessen effizienter Durchsetzung;
 - Die Grundprinzipien bezüglich des Einsatzes von Gewalt und des Gebrauchs von Schusswaffen durch Personen, die für die Durchsetzung von Gesetzen verantwortlich sind;
 - Die Prinzipien zur Vermeidung von extralegalen und willkürlichen Hinrichtungen und Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung sowie die Prinzipien zur effizienten Untersuchung solcher Hinrichtungen;
 - Sämtliche Prinzipien zum Schutz von Personen, die irgend einer Art von Inhaftierung oder Gefangenschaft ausgesetzt werden;
 - Sämtliche Mindestanforderungen an die Behandlung von Gefangenen und die Bestimmungen, die deren effiziente Anwendung sicherstellen;
 - Die Erklärung zum Schutz von Personen vor Folter und anderen inhumanen, grausamen oder entwürdigenden Strafen.
- Die Verabschiedung von Amnestiegesetzen auszuschließen
Amnestiegesetze, die die Aufklärung der Wahrheit verhindern und dazu führen, dass sich Schuldige für ihre Taten vor dem Gesetz nicht verantworten müssen, sind in keinem Fall zu akzeptieren, und zwar unabhängig davon, ob sie von den direkten Urhebern der Vergehen oder deren Nachfolgern erlassen werden. Allerdings bezieht amnesty international keine Stellung zu Gnadenakten, die einer Verurteilung folgen, sofern die Wahrheit ermittelt wurde und juristische Verfahren abgeschlossen sind.

amnesty international appelliert an die Internationale Gemeinschaft:

- Die Arbeit des Hohen Kommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen zu unterstützen und das Ergebnis der Mission, die sich zur Feststellung der Fakten im Juni 2005 nach Togo, Ghana und Benin begeben hat, zu veröffentlichen. Eine mit den notwendigen

Mitteln ausgestattete internationale Untersuchungskommission sollte dieser Mission folgen, um im ganzen Land eine erschöpfende Untersuchung zu einem guten Ende zu bringen. Um effizient arbeiten zu können, sollte diese internationale Kommission folgende Kriterien erfüllen:

- die Kommission muss unabhängig, unparteiisch und kompetent sein;
 - die Kommission muss die zur Untersuchung für notwendig erachtete Zeit haben;
 - die Kommission muss sich in Togo und den Nachbarländern frei bewegen können;
 - die Kommission muss alle für notwendig erachteten Zeugenbefragungen durchführen können, ohne dass die Zeugen Repressionen, Einschüchterungen oder Bedrohungen seitens der togoischen Behörden zu befürchten haben;
 - die Ergebnisse dieser Untersuchungskommission müssen veröffentlicht werden.
- Den Transfer militärischer, sicherheitstechnischer oder polizeilicher Ausrüstung und entsprechender Kompetenz aus dem Ausland, darunter Frankreich, zu ächten und zu unterbinden. Denn all dies trägt zur Fortsetzung der Menschenrechtsverletzungen in Togo bei. amnesty international fordert die französische Regierung auf, ihre Mitverantwortung an der Menschenrechtskrise in Togo einzugestehen und dazu beizutragen, dass diesen Grausamkeiten ein Ende gesetzt wird.
 - Darauf zu achten, dass Asylsuchende nicht zur Rückkehr nach Togo gezwungen werden, wenn sie dort schwere Menschenrechtsverletzungen zu befürchten haben. Und sicher zu stellen, dass Asylbegehren - auch solche von Personen, die sich in Haft befinden - gründlich und unparteiisch geprüft werden. amnesty international ermahnt die ausländischen, vor allem die europäischen Regierungen, Asylanträge im Zusammenhang mit der Menschenrechtslage in Togo zu prüfen.